

BBK Positionspapier zu "Desertec"

Berlin /Erkner (BBK) 27.01.2011 – „Desertec“ oder übersetzt „Bau von Solar- und Photovoltaik-Großkraftwerken in den Wüstengebieten Nordafrikas zur Stromversorgung Europas“ ist erstaunlicherweise immer noch in aller Munde.

Die deutsche Energiewirtschaft und zahlreiche deutsche Politiker treiben das Projekt durch euphorische Studien und politische Visionen voran, obwohl zahlreiche kluge deutsche Sicherheits- und Energieexperten schon im letzten Jahr die enormen Risiken aufzeigten, die ein solches Projekt mit sich bringt.

Die Befürworter von Desertec sind in erster Linie Energiekonzerne, die auch die zukünftige regenerative Energieversorgung **zentralisieren** wollen. Nur mit gigantisch großen und teuren Projekten mit Investitionen im Milliardenbereich ist das möglich. Was im relativ überschaubaren einstelligen Milliardenbereich wie bei Windoffshore schon Realität ist, soll nochmals in großen Wüstenprojekten in Afrika getopt werden.

Dass diese Entwicklung genau das **Gegenteil** einer **Dezentralisierung** der deutschen Energiewirtschaft bewirkt, sollte jedem klar sein. Ob diese Entwicklung – zurück zum alleinigen **Monopol** d.h. **Energieversorgung durch Wenige** - politische Mehrheiten findet, wagt der BBK zu bezweifeln.

Auch wenn es irgendwann technisch möglich ist, durch riesige Gleichstromnetze über Tausende von Kilometern aus Afrika Strom nach Deutschland zu leiten, bleibt trotzdem das enorme Versorgungsrisiko der nächsten Generationen bestehen.

Der Terrorismus blüht weltweit. Regelmäßig werden europäische Schiffe im Golf von Eden trotz Geleitschutz der NATO gekapert. Täglich erreichen uns Meldungen von politischen Attentaten, wie vor wenigen Tagen auf dem Moskauer Flughafen. Wir fragen uns im Ernst, wie die **Sicherheit** einer europäischen Energieversorgung in Nordafrika aussehen soll. Sind deutsche Politiker bereit, ein Bundestagsmandat für die Entsendung deutscher Soldaten zur Verteidigung deutscher Kraftwerke in Afrika zu beschließen? **Wohl kaum!**

Ein zweites Afghanistan in Nordafrika wird politisch kaum durchsetzbar. Allein schon aus diesem Grund darf kein Geld deutscher Steuerzahler in **Desertec versenkt** werden. Wenn deutsche Energiekonzerne dort investieren wollen, sollen ihre Aktionäre das beschließen und die Risiken selbst tragen.

Wir begrüßen bei Desertec selbstverständlich die Stromversorgung der Städte Nordafrikas mit ausgewogener Beteiligung deutscher Entwicklungshilfe. Eine politische Unterstützung von Desertec zur Energieversorgung Deutschlands durch Bundestagsabgeordnete und den deutschen Bundestag ist aber unverantwortlich.